

VON WOLFGANG ROTH (SPD)

Zur speziellen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen brauchen wir weiterhin Förderschulen, wie wir die Sonderschulen in Zukunft nennen wollen. Wir wollen jedoch auch ein Mehr an schulischer Integration in den allgemein bildenden Schulen. Schulversuche und wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen, dass der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen beide Seiten bereichert. Deshalb setzt die SPD-Fraktion auf mehr Integration. Unser Parlamentsantrag vom 26. März diesen Jahres „Integration von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung stärken – Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung“ dokumentiert das. Perspektivisch wollen wir den Förderbedarf in den Förderbereichen „Lernen“ sowie „emotionale und soziale Entwicklung“ im Regelschulsystem abdecken. Uns ist aber auch klar, dass heute keinesfalls an den allgemein bildenden Schulen Bedingungen vorhanden sind, die eine vollständige Integration von Schülerinnen und Schülern mit entsprechendem Förderbedarf zulassen würde. Andere Länder, das wissen wir seit ihrem hervorragenden Abschneiden bei der PISA-Studie, besitzen integrative Schulsysteme. Sie sind offensichtlich in der Lage, alle Kinder einer Altersgruppe zu fördern; dabei gelingt ihnen Integration nicht nur von Kindern mit Behinderungen, sondern auch solchen aus sozial benachteiligten Familien und von Migrantenkindern weitaus besser als in Deutschland. ☺



VON URSULA MONHEIM (CDU)

Kindern und Jugendlichen mit Behinderung sollte ein höchstmögliches Maß an gemeinsamem Leben und Lernen ermöglicht werden. Wo dies realisiert werden kann - darüber entscheidet allein der individuelle Förderbedarf. In NRW besuchen die weitaus meisten Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf Sonderschulen. Nur etwa zehn Prozent besuchen Regelschulen mit unterschiedlichen Integrationsangeboten. Der gemeinsame Unterricht als alternative Regelform hat Erwartungen an schulische Integration geweckt, die nicht erfüllt werden, weil die sächlichen und personellen Vorgaben dem Anspruch an individuelle Förderung nicht gerecht werden. Viele Eltern entscheiden sich bewusst für die Sonderschule, weil sie dort bessere Bedingungen vorfinden.

Kinder mit einer geistigen oder körperlichen Behinderung, aber auch lernbehinderte Kinder haben einen sehr individuellen Förderbedarf, der oft nur in einer speziellen Schule zu gewährleisten ist. Seit Jahren wird an den Sonderschulen trotz ständig schlechter werdender Rahmenbedingungen hervorragende Arbeit geleistet.

Durch die Streichung der Mittel für das medizinisch-therapeutische Personal an den Schulen für Körperbehinderte hat das Land ein fatales Signal gesetzt. Statt Abbau brauchen Sonderschulen eine deutliche Stärkung, um Kinder und Jugendliche mit Behinderung optimal zu fördern und ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. ☺



VON RALF WITZEL (FDP)

Selbstverständlich sind Sonderschulen unverzichtbar. Sonderpädagogischer Förderbedarf liegt bei Kindern vor, die in ihrer Lern- und Leistungsentwicklung so erheblichen Beeinträchtigungen unterliegen, dass sie auch mit zusätzlichen Lernhilfen der allgemeinen Schulen nicht ihren Möglichkeiten entsprechend optimal gefördert werden können. Jugendliche mit Behinderungen benötigen daher sonderpädagogische Förderung, um ihre individuellen Fähigkeiten bestmöglich entfalten und ein Höchstmaß an gesellschaftlicher Teilhabe erlangen zu können. Nur Sonderschulen sind mit Fachkräften auf Schüler mit so individuellem Förderbedarf spezialisiert. Im gemeinsamen Unterricht bleibt die erforderliche schulische Begleitung zumeist auf der Strecke. Da er keine optimalen Fördereffekte entfaltet, sollte er grundlegend reformiert und auf eine enge Zielgruppe konzentriert werden.

Damit Sonderschulen auch zukünftig ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot unterbreiten können, bedürfen sie dringend einer besseren Ausstattung: Die Schüler/Lehrer-Relation ist auf 8:1 abzusinken und der hohe Stundenausfall durch eine geeignete Vertretungsreserve aufzufangen.



Schulen für Lernbehinderte sollen zur bestmöglichen Berufsvorbereitung ihrer Schüler mit zusätzlichen Stellen zum Beispiel für Handwerker und Sozialarbeitskräfte ausgestattet werden. Sonderschulen sind ferner zu regionalen Kompetenzzentren auszubauen. Damit werden Ressourcen vernünftig gebündelt und die Schulform Sonderschule in ihrer Gesamtkapazität gestärkt. ☺

VON DR. RUTH SEIDL (GRÜNE)

Was wir brauchen ist ein Paradigmenwechsel in unserem Bildungssystem: vom institutionenbezogenen Denken hin zu einem Denken von den Kindern und Jugendlichen aus. Kinder und Jugendliche sind nicht schulfähig oder sogar „schulformfähig“ – dies hat die PISA-Studie hinlänglich dokumentiert. Vielmehr müssen unsere Schulen lernen, sich aller SchülerInnen anzunehmen und Verantwortung für deren Lernerfolg zu übernehmen, auch wenn diese sonderpädagogischer Förderung bedürfen. Die Zuweisungen an Sonderschulen steigen in NRW und in ganz Deutschland dramatisch an – hier sind wir europäische Spitzenklasse. Unser aussonderndes Schulsystem bedient sich seiner Mittel, schwierige SchülerInnen nach „unten“ durchzureichen, an die Sonderschulen. Dort erfahren sie gute sonderpädagogische Förderung, aber es fehlt die anregende und motivierende Gemeinschaft mit Kindern, die andere Begabungen, aber auch andere Förderbedarfe in die Schule mitbringen. Die Erfahrungen mit dem gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung zeigen, dass dieser Unterricht in integrativen, heterogenen Gruppen allen zu Gute kommt. Nicht nur was das soziale Lernen angeht, sondern auch ganz konkret in der schulischen Leistung. Mehr Chancengleichheit und mehr Leistung – hierzu brauchen wir eine schrittweise Überführung der sonderpädagogischen Förderung in das Regelschulsystem. ☺

